

Die Landtagswahl und der Klassenkampf

Welchen Einfluss hatte der Kampf der StahlarbeiterInnen bei Thyssenkrupp Steel und HKM auf die Landtagswahl?

Die Wahl in NRW ergab Stimmengewinne für den neoliberalen Block. CDU, SPD, FDP und Grüne bekamen zusammen 7 Mio. Zweitstimmen. Das sind ca. 350.000 Stimmen mehr als 2012. Die rechten Parteien AfD, NPD, Die Rechte und REP erzielten 663.000 Zweitstimmen (2012: 40.007 Stimmen). *Die Linke* bekam 415.000 Zweitstimmen (2012: 194.000).

Obwohl die Lage bei Thyssenkrupp-Steel und beim Hüttenwerk Krupp Mannesmann (HKM) durch die Medien ging, waren drohende Fusion, Ausgliederung und Entlassungen keiner einzigen Partei ein eigenes Wahlplakat wert.

Durchbruch für die AfD?

Die Linke konnte ihr Ergebnis verdoppeln. Die rechten Parteien erzielten jedoch das Sechzehnfache ihrer früheren Stimmzahl. Es sind viele TraditionswählerInnen der SPD, die aus „Protest“ AfD wählten. Während die AfD im NRW-Durchschnitt auf 7,6 Prozent der Zweitstimmen kam, erreichte sie in manchen Ruhrgebietsstädten fast das Doppelte, oft über 10 Prozent: Oberhausen I 11,9%, Duisburg IV 14,6%, Essen I-Mülheim II 13,1%, Gelsenkirchen I 14,1%, Gelsenkirchen II 15,2% ... Das ist deshalb so gefährlich, weil eine Organisation der AfD kaum besteht. Sie wird jetzt versuchen, ihre Partei aufzubauen. Je mehr dies behindert wird, um so besser für uns.

SPD antwortet mit Boykott und Hetze

Das seichte Gerede eines Martin Schulz von „Gerechtigkeit“ konnte niemand ernst nehmen, die täglich von Hartz IV betroffen ist und mit ansehen musste, wie Kanzler Schröder den Spitzensteuersatz von 53% auf 42% senkte oder der erst mit 67 Jahren in Rente gehen kann.

Aktuell befürchten die StahlarbeiterInnen bei Thyssenkrupp Steel (TKS) den Ausstieg aus dem Stahlbereich, die Fusion mit Tata-Steel, Standortschließungen und beim Hüttenwerk Krupp Mannesmann (HKM) die Vernichtung von 600 Arbeitsplätzen.

Zur Kundgebung von 7.500 Stahlarbeitern am 3. Mai vor TKS in Hüttenheim reiste Ministerpräsidentin Kraft erst gar nicht an. Dort erschien SPD-Wirtschaftsminister Duin, der wieder einmal versuchte, die Stahlkocher gegen „Billigstahl“ aus China und Indien aufzuhetzen. Weder machte Frau Kraft von der Möglichkeit Gebrauch, sich als Mitglied des Kuratoriums der Alfred-Krupp-Stiftung eindeutig auf die Seite der Stahlarbeiter zu schlagen, noch erschien sie vor 4.500 Stahlkochern auf der außerordentlichen Betriebsversammlung am 11. Mai. Wer mit „NRWir“ wirbt, sich aber aus allem raus hält, zeigt, dass er mit den tatsächlichen Sorgen und Nöten der Lohnabhängigen nichts zu tun haben will. So viel zum sozialdemokratischen Sinn für „Gerechtigkeit“. Die TKS-Kollegen, besonders aus den Bereichen, wo demnächst Anlagen geschlossen werden sollen, haben mehr Präsenz und Unterstützung aus der politischen Landschaft erwartet. Die vollkommen bürgerliche Politik der SPD führte manche Stahlarbeiter dazu, nicht zu wählen oder für das nationalistisch-rassistische Original der AfD zu stimmen.

Wer ist für die Spaltung am 3. Mai verantwortlich?

SPD-Gewerkschaftsbürokraten wie der ex IG Metall-Vorsitzende Wetzel kommen als Aufsichtsratsmitglieder der TK(-Steel) anders unter Druck als die sozialdemokratische Partei. Etwas Dampf musste am 3. und 11. Mai abgelassen werden, laufen die Verhandlungen zwischen TK und Tata-Steel doch schon fast zwei Jahre, ohne dass die Stahlkocher irgend etwas von „ihren“ Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat erfahren hätten. Doch richtig Druck wollte die IG Metall vor der Wahl nicht auf die Landesregierung ausüben. Während zum 3. Mai Delegationen z. B. von ArcelorMittal aus Bremen und der Dillinger Hütte aus dem Saarland nach Hüttenheim anreisten, kamen von der anderen Straßenseite von HKM (gehört zu 50 Prozent TK-Steel) nur

Azubis und Vertrauensleute. Tausende KollegInnen arbeiteten weiter, obwohl bei HKM 600 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Für die Spaltung trägt die Gewerkschaftsbürokratie der IGM-Bezirksleitung NRW die volle Verantwortung, sitzt doch ihr Verantwortlicher für den Stahlbereich, Löllgen, als 1. stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat von HKM. Wichtiger als der Kampf um die Arbeitsplätze der Stahlkocher war es der Gewerkschaftsbürokratie, Frau Kraft den Rücken frei zu halten.

Die Linke verpasste eine Chance

Auch *Die Linke* nutzte nicht die Möglichkeiten, die ihr der Kampf der StahlarbeiterInnen bot. Zwar veranstaltete die Landespartei eine kleine Stahlkonferenz in Duisburg-Hamborn. Doch die Notwendigkeit, die Nöte und Sorgen der StahlarbeiterInnen in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes zu stellen, begriff *Die Linke* nicht.

Dabei hatte die Linkspartei durchaus etwas zu sagen. Immerhin brachte sie die Forderung nach Vergesellschaftung der Industrie ins Gespräch. Das hätte am Beispiel der Stahlindustrie hervorragend konkretisiert werden können. Doch die Linkspartei verpasste die Chance, 47.000 StahlarbeiterInnen in NRW zu erreichen. Sie ist zu sehr dem intellektuellen Milieu verhaftet, um die Probleme der Stahlkocher als ihre eigenen Probleme zu begreifen. Damit hat sich *Die Linke* ihre 0,1 %-Wahlniederlage selbst zuzuschreiben.

Nahm die MLPD die Stimmen für *Die Linke* weg?

Wer sich wie die MLPD/Internationalistische Liste (MLPD/IL) in ihrem „Wahlprogramm 2017“ auf Augenhöhe mit SYRIZA, Podemos und der HDP sieht, erwartet den politischen Durchbruch und keine 7.712 Zweitstimmen. Die MLPD/IL hatte 45.000 Plakate aufgehängt und tausende Wahlprogramme an Stahlarbeiter verteilt. Wenn sie kaum Stimmen bekam, dann nicht etwa, weil sie keiner kennt, sondern weil sie sehr viele kennen und deshalb nicht wählen wollten. Das war eine krachende Niederlage.

Die MLPD/IL bekam die 0,1 Prozent, die der Linkspartei an den 5,0 Prozent Zweitstimmen gefehlt hat. Aber Politik ist keine Rechenaufgabe. Der Vorwurf der Spaltung ist politisch nur deshalb berechtigt, weil die MLPD/IL *rechts* von *Die Linke* steht. Alle Forderungen, die die MLPD/IL in ihrem „Wahlprogramm 2017“ aufgestellt hat, sind entweder klassische Sofortforderungen und/oder rein demokratische Forderungen. Unter ihnen findet sich keine einzige Forderung mit einer systemsprengenden Dynamik. Im Gegenteil: Die MLPD-Mitglieder sind stolz auf die politische Dürftigkeit ihres Programms.

Auf der Stahlkonferenz der Linkspartei in Hamborn trat ein Unterstützer der MLPD/IL und Betriebsrat von TKS der Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie entgegen, weil das im Kapitalismus „illusionär“ sei. Ebenso wandte er sich gegen einen Beitrag der RIR, der die Notwendigkeit einer Opposition im CDA-geführten Betriebsrat von TKS begründete: „Wir brauchen keine Opposition im Betriebsrat“, so der Marxist-Leninist. Im Kampf gegen Fusion und Ausgliederung hat die MLPD/IL den StahlarbeiterInnen weder eine wirkliche politische Perspektive zu bieten, noch knüpft sie an die revolutionäre Tradition des Ruhrproletariats an, zu der immer „Sozialisierung“, „Vergesellschaftung“ bzw. „Enteignung“ gehörten. Als Konkurrenz zur Partei *Die Linke* ist die MLPD überflüssig, denn die Zweitaufgabe einer reformistischen Partei braucht niemand.

Revolutionäre Initiative Ruhrgebiet